

Schuhmacher-Fachblatt

Organ der deutschen Schuhmacher

Erforsche die Wahrheit,
Dann kommst du zur Macht.

Erscheint jeden Sonntag. — Abonnementspreis: pro Quartal durch die Expedition per Kreuzband bezogen 1,10 M., bei der Post 95 Pf. Alle Postanstalten nehmen Bestellungen entgegen. Nach zu bestehen durch die Expedition in Gotha Kreuzbandbestellungen innerhalb Deutschlands und nach Österreich kosten 4 Exemplare à 1 M. 10 Pf. pro Quartal, 5 und mehr Exemplare à 85 Pf. pro Quartal; nach der Schweiz und dem übrigen Ausland unter 4 Exemplaren à 1 M. 80 Pf. pro Quartal, 4 und mehr Exemplare à 90 Pf. pro Quartal. Das "Schuhmacher-Fachblatt" steht in der Zeitungs-Preisliste unter Nr. 6840. — Inferate werden mit 25 Pf. die dreigeteilte Petition oder deren Raum berechnet. Bei dreimaliger Wiederholung 5 Prozent Rabatt, bei fünfmaliger 15 Prozent bei zehnmaliger 20 Prozent, bei zwanzigmaliger 33% Prozent und bei jährlicher Aufnahme 50 Prozent Rabatt.

Nr. 26

Gotha, 29. Jan.

1902

Aus dem Jahresbericht der badischen Fabrikinspektion.

(Schluß.)

Bezüglich der Verhältnisse der Arbeiterinnen ist noch zu erwähnen, daß von denjenigen mehrfach keine Mittagspause eingehalten, sondern auch über die Mittagsstunde in den Fabriken gearbeitet wurde, die festgesetzte tägliche Arbeitszeit, die Sonntagsruhe, die Bestimmungen betreffend den Schutz der Wochnerinnen überstritten wurden. Überstunden wurden 246 971 bewilligt, um 61 804 weniger als im Jahre 1900. In Pforzheim wurde im Falle einer unehelichen Geburt festgestellt, daß die Mutter eine Fabrikarbeiterin und der Vater ihr "Stieberger" war. Ebenfalls in Pforzheim hatte ein Fabrikant eine Arbeiterin durch schriftlichen Vertrag gebunden. Darauf ließ er sie zu sich kommen und machte ihr privatmäßige Versprechungen, sie sollte die bestehende Accordarbeit und 20 M. in der Woche erhalten, wenn sie sich seinen Wünschen folge. Das Mädchen antwortete brieflich, es betrachte den geschlossenen Vertrag als ungültig und werde sich nicht zur Arbeit einfinden. Dem Herrn bleibe es überlassen, sie wegen Vertragsbruchs beim Gewerbeamt zu verklagen. Eine Klage erfolgte aus leicht befreistlichen Gründen jedoch nicht.

Im Kapitel "Arbeitszeitverkürzung" wird neuerdings durch Thatsachen nachgewiesen, daß eine Reduktion der Arbeitszeit nicht gleichbedeutend mit Verminderung der Produktion ist. So hat die chemische Fabrik in Durlach zwecks Produktions einschränkung und zur Verminderung von Arbeiterentlastungen die tägliche Arbeitszeit auf neun Stunden verkürzt, aber konstatierten müssen, daß sie dadurch den beabsichtigten Zweck nicht erreichte, da die Menge der Produktion die gleiche blieb. Infolgedessen ging die Firma dazu über, an einzelnen Tagen in der Woche die Arbeiter ganz auszugehen zu lassen. Die Firma wird nach diesen Erfahrungen auch bei wieder steigendem Bedarf diese verkürzte Arbeitszeit beibehalten, heißt es im Bericht und sie glaubt sogar eine weitere Reduktion ohne nennenswerte Produktionsverminderung nach einiger Zeit vornehmen zu können. Diese Feststellung durch eine Fabrikleitung und ihre Veröffentlichung durch den amtlichen Bericht der Fabrikinspektion verdient alle Beachtung, namentlich auch zur Aufführung für die Schuhindustrie. Der "Schuhmarkt" und seine Fabrikanten-Klienten reden bekanntlich immer von "Theorie", wenn man sie bei der Verprechung der Arbeitszeitverkürzung auf die damit in der Praxis gemachten ermutigenden Erfahrungen hinweist. Ist in ihren Augen auch der vorliegend angeführte Fall "Theorie"?

Der Bericht erbringt sodann wieder einen neuen charakteristischen Beweis für die Unwirtschaftlichkeit mancher Fabrikanten. Im Jahre 1900 machten mehrere Uhrenindustrien in St. Georgen dem Fabrikinspektor die Mitteilung, daß sie bestrebt seien, die Arbeitszeit von 10½ auf 10 Stunden zu reduzieren, daß aber die Arbeiter davon nichts wissen wollten und auf längere Arbeitszeit beharrten. Im Bericht für 1900 wird nun dieser Vorgang erzählt. Als aber die Arbeiter davon in St. Georgen Kenntnis erlangten, verwahnten sie sich einzeln mündlich und schriftlich wie auch gelegentlich einer öffentlichen Sprechstunde ganz entschieden gegen eine solche Entstellung und Verdröhung der Thatsachen und sie weisen ferner darauf hin, daß sie im Gegenteil um die Verkürzung der Arbeitszeit nachgefragt hätten, von denselben Fabrikanten aber stets abgewiesen worden seien. Lügen haben kurze Beine, hielt es also auch hier. Daß sie gelogen, gespant haben die Herren dann sogar dem Fabrikinspektor gegenüber später selbst ein, als er ihnen die gegenständigen Ausführungen der Arbeiter vorhielt. Dabei erklärten sie prächtig-brutal, daß sie keinen Anlaß hätten, von der bisherigen Arbeitszeit abzugehen, so lange nicht die Arbeiter in der Lage seien, eine Reduktion zu erzwingen! Das heißt, die Arbeiter müssen zum letzten Kampfmittel, zum Streik greifen, erst dann sind die Herren geneigt, den Wunsch nach Arbeitszeitverkürzung zu erfüllen. Und dabei schreien dieselben Leute fortwährend über "Streifieber" der Arbeiter, über "sozialdemokratische Streikheizer" u. s. w. und begeisteren sich seinerzeit für die Buch-

hausvorlage, welche den Arbeitern das Streikrecht rauben wollte.

Mit Recht wird im Berichte die Verkürzung der Arbeitszeit als eine der Haupforderungen der organisierten Arbeiterschaft bezeichnet, um in der gegenwärtigen Wirtschaftssituation nicht zu Arbeiterentlastungen schreiten zu müssen. Die Arbeiter wollen damit dem Lohnbruch durch eine überzogene Zahl Arbeitsloser vorbeugen, unter dem auch die Beschäftigten leiden müsten, andernfalls wollen sie das Vorrecht der Arbeitslosen verhindern. Daher verdient die Forderung im öffentlichen Interesse Beachtung, insbesondere auch bei den Unternehmungen des Staates und des Gemeinden. Eine detaillierte Übersicht zeigt, daß im Jahre 1901 in verschiedenen Betrieben und an manchen Orten Arbeitszeitverkürzungen eingetreten sind.

Die im Berichtsjahr vorgekommenen Streiks werden in ihren Einzelheiten mitgeteilt, aber nur ganz objektiv und weder an die einzelnen Fälle noch an die Gesamtzahl der Fälle allgemeine soziale Betrachtungen getroffen, die den Berichten der badischen Fabrikinspektoren in den früheren Jahren ihren besondern Reiz und Wert verliehen. Die von Berlin ausgegangene reaktionäre Strömung, die durch den Delegierten des Zentralverbandes deutscher Industrieller in der preußischen Regierung, durch Herrn Möller, noch weiter verfärbt wurde, hat in dieser Beziehung eine bedauerliche empfindliche Verstärkung der Fabrikinspektion zur Folge gehabt.

Unter den Einzelfällen findet sich auch der Streik unserer Karlsruher Kollegen verzeichnet. Er wird folgendermaßen dargestellt: Ein vor zwei Jahren festgesetzter Lohntarif zwischen Schuhmachermeistern und Gesellen in Karlsruhe in leichter Zeit von den Meistern nicht mehr pünktlich eingehalten worden war, traten aus diesem Anlaß die Schuhmader im April 1901 in eine neue Bewegung ein und richteten durch eine Lohnkommission an die Meister folgende Forderungen: 1. Erhöhung der einzelnen Tariflände; 2. Einführung eines Stundenlohnes zwischen 35 und 40 Pf.; 3. Abschaffung von Rost und Logis beim Meister; 4. Verkürzung der täglichen Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden. Verhandlungen hierüber wurden von den Meistern abgelehnt, so daß in 15 Betrieben 25 Schuhmader am 18. Mai in den Ausstand traten. Erst dann kamen Verhandlungen zwischen den streitenden Teilen zu stande, bei denen von der Kommission der Arbeitgeber eine zehnprozentige Lohn erhöhung zugesagt wurde, worauf am 20. Mai der Ausstand für beendet erklärt wurde. Die einzelnen Meister billigten jedoch nicht durchwegs dieses Zugeständnis ihrer Kommission und hielten sich nachträglich teilweise nicht an die Abmachung. Nachdem aber inzwischen die dringendsten Arbeiten auf Pünktchen erledigt waren, konnten die Gehilfen nicht mehr hoffen, durch einen neuen Ausstand wenigstens ihre Lohnforderung vollständig durchzusetzen. — Wenn die einzelnen Meister sich an gemeinsamen Vereinbarungen nicht halten, das heißt wortbrüderlich werben, dann haben dieselben freilich wenig Wert, indem sie sich die Meister diese Wortbrüderlichkeit nur erlauben, wenn sie in ihren Werkstätten unorganisierte Gehilfen, die sich mit ihren organisierten Kollegen nicht solidarisch fühlen, beschäftigen, oder organisierte Gehilfen energie und widerstandsfähig die Tarifvereinbarungen sich gefallen lassen. Die Wortbrüderlichkeit der Unternehmer findet so ihre natürliche Erklärung in der Widerstandslosigkeit der Arbeiter, so daß letztere es in der Hand haben, jene zu verhüten.

Die Revision kleinerer Betriebe gewährt den Aufsichtsbeamten auch Einblick in die Wohn- und Schlafräume von Lehrlingen und Gehilfen, wobei sich häufige und wesentliche Mängel und Missstände zeigen. So sind die Zugänge zuweilen gefährlich; die Räume selbst sind teilweise sehr enge und niedrig, Dachkammern, unsauber gehalten und schlecht ventiliert; sehr selten sind sie heizbar; häufig fehlen Stühle, ferner Schränke zum Aufbewahren von Kleidern und Werkzeugen, auch ist nicht jedem Arbeiter ein besonderes Bett zugewiesen; die Bettwäsche ist oft schmutzig und zerissen. Dem entspricht gewöhnlich eine trostlose Unordnung. In einzelnen besonders gräßigen Fällen wurde durch amtliche Anordnungen eingeschritten. Aus den Ausführungen der Meister muß geschlossen werden, daß sie den Unterhaltsverhältnissen ihrer Lehrlinge und Gehilfen Aufmerksamkeit

zu schenken nicht für ihre Aufgabe halten. Dennoch versuchen sie sich nie, darüber Klage zu führen, daß die Lehrlinge und Gehilfen ihre freie Zeit nicht mehr dabeim, sondern in schlechter Gesellschaft im Wirtshaus zubringen. Diesem Nebenstand könnte in wirklicher Weise durch eine wohnliche Ausstattung der Wohn- und Schlafräume vorbeugegt werden."

Das sind sehr interessante Schilderungen, wenn sie auch für uns nichts Neues besagen. Hier haben wir geradezu den Liebestand der Kultur, ein Stück sozialer Nüchternigkeit und Barbarei, die den denkbaren schroffesten Gegensatz bildet zu den Prunkwohnungen, zu den Villen und Palästen der Besitzenden. Schlimmer wie das Vieh werden häufig im Handwerk die Lehrlinge und Gehilfen verpflegt, untergebracht und behandelt und so denjenigen eine Anspruchslosigkeit und Genußamkeit anerzeugen, die das größte Hindernis in unserem Kampfe für die soziale Gebundung der Arbeiter bilden.

Und diese derart sozial tiefstehenden Kleinmeister, die von der schäbigsten Ausbeutung ihrer Lehrlinge und Gehilfen leben, erfreuen sich dann immer wieder bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit sich als die "Söhne des Staates" mit reklamehaften Lantam in empfehlende Erinnerung zu bringen. Schöne Söhne das — Söhne eines Kartenhäuses, aber keines Staates.

Die Schilderungen dieser Verhältnisse durch die badische Fabrikinspektion drängen aber auch neuerdings jedem die Überzeugung von der Notwendigkeit der sozialen Verbesserung des sogenannten "Patriarchalismus" auf, des Rost- und Logiszwanges für die Gehilfen. Fort mit diesen veralteten, faulen, menschenunwürdigen Zuständen, muß auch hier unsere Parole lauten.

Schließlich zeigt der Bericht noch die geistigen Bemühungen der Arbeiterschaft. Sehr auffallend wird gesagt, die wertvollsten Bemühungen zur Hebung in spiritueller Beziehung kommen aus den Arbeitern selbst. Träger dieser Bemühungen sind ihre Vereine, die ein um so regeres Leben entfalten, je mehr die Tätigkeit ihrer eigenen Initiative entspringt. Durch zahlreiche Versammlungen mit Vortrag und Diskussion suchen sie sich zu unterrichten über die betreffenden Gesetze und Einrichtungen: Die Gewerbegebieter, Kranken-, Alters- und Invaliden-Besicherung, Rechte und Pflichten des Arbeiters im Arbeitsverhältnis u. s. w. Leider erfreuen sich dieser Vorteile nur die organisierten Arbeiter, die sich durch Kenntnis der Gesetze in auffälliger Weise und zu ihrem Vorteil von der großen Masse der Arbeiter abheben. Außer den für alle Mitglieder bestimmten Vorträgen haben beispielweise die Vereinigten Gewerkschaften in Karlsruhe im letzten und in diesem Winter unter dankenswertem Entgegenkommen der Stadtverwaltung besondere Fortbildungskurse in Schön- und Rechtschreiben, Korrespondenz und Buchführung eingerichtet; hieran beteiligen sich 99 Gewerkschaftsmitglieder.

Das "Leiber" der badischen Fabrikinspektion enthüllt den ganzen bedeutsamen Unterschied zwischen organisierten, geschulten und geistig strebenden Arbeitern und den unorganisierten, geistig indolenten Arbeitern und es zeigt gleichzeitig auch die große kulturelle Bedeutung und Wichtigkeit der so viel geschätzten und verfolgten Arbeiterorganisationen. Der Bericht erwähnt ferner auch die in den letzten Jahren anderweitig getroffenen Einrichtungen zur geistigen und fittlichen Bildung der Arbeiterklasse, die Vortragskurse der Hochschulprofessoren in Freiburg, Karlsruhe und Mannheim, die von vielen Arbeitern gerne besucht werden, die öffentlichen Befehallen mit reichhaltiger Zeitungslitteratur in Freiburg und Karlsruhe, die Volksvorstellungen in den Theatern zu billigeren Eintrittspreisen, die Veranstaltung von gediegene biligen Konzerten, welche alle dem in der Arbeiterbewegung zum Ausdruck gelangten Empfohlenen der Arbeiter ihre Entfaltung verhelfen und von den Arbeitern selbst mit rückhaltloser Anerkennung gewürdigt werden.

Eingangs des ersten Artikels wird von weiteren Fortschritten der badischen Fabrikinspektion in sozialpolitischer Hinsicht berichtet. Wir betrachten als einen solchen Fortschritt die in dem vorliegenden Bericht befundene Wertschätzung der Mitwirkung der Assistentin, die vor wenigen Jahren von derselben Befohlt wurde; und als einen weiteren solchen Fortschritt die geringere Wertschätzung

der sogenannten "Wohlfahrtsseinrichtungen", für die die badische Fabrikinspektion vor wenigen Jahren noch so sehr begeistert war. Im vorliegenden Bericht wird bemerkt, daß Stiftungen zu Gunsten der Arbeiter sehr wenig bekannt geworden seien und dazu sodann weiter bemerkt: "Ob sie übrigens für die wirtschaftliche Lage der Arbeiter gerade immer große Bedeutung haben, mag dahin gestellt bleiben. Ihre Wertschätzung durch die Arbeiter ist im allgemeinen nicht groß. Man hat den Eindruck, daß Stiftungen für Wohlfahrtsseinrichtungen auch an sich seltener werden. Es entspricht das der sich vollziehenden veränderten Auffassung des Verhältnisses zwischen Arbeiter und Arbeitgeber." Die besten "Wohlfahrtsseinrichtungen" für die Arbeiter sind in jeder Beziehung anständige Behandlung und auskömmliche Arbeitslöhne, alles andere ist Mumpitz.

Aus unserem Beruf.

Berford. Wegen Lobnabug bis zu 20 Prozent seien sämtliche Arbeiter der Schuhfabrik Bau u. Steuer in Kündigung Bericht gelegt. Zugang ist streng fernzuhalten.

Leipzig. Die Firma Burchardt u. Sohn in Südtirol versucht auch in diesem Jahre, die schlechte Konjunktur vorzutäuschen, die Accordobriges der Malzfabrikarbeiter um ein bedeutendes zu reduzieren, u. a. eine Abjäge von 10, 15, ja bei einzigen Arten sogar solche von 40 Prozent vorgenommen worden.

Wurzen. Zugang nach hier ist bis auf weiteres streng fernzuhalten.

Abeln-Nippes. Der Zugang von Zwischen nach hier ist streng fernzuhalten, weil Wohnstufen in der zeitlichen Schuhfabrik entstanden sind.

Wermelskirchen. Bei der Firma J. Schärdl und Söhne sind sämtliche organisierten Arbeiter in den Ausland getrieben und bitten wir den Zugang der Schuh- und Schäfearbeiter fernzuhalten.

Berlin. Die über die Schuhfabrik von Goldstein verhängte Sperrung ist infolge Beilegung der Differenzen wieder aufgehoben worden.

Motiv. Der Streik der Schuhmacher ist durch gegenseitiges Entgegenkommen beendet. Ertrungen wurde die jahrlängste Arbeitzeit und ein Mindestlohn von 15 M. wiedereinführt. Die Arbeitgeber hatten vor dem Streik die elfstündige Arbeitzeit und 12 M. Wochenlohn eingefordert. Auf Mindestlohn bei Reinarbeit ist ein geringe jahresprozentiger Aufschlag erungen; nichts Rennenswertes dagegen wurde ertrungen bei Nebenarbeiten, was wir hauptsächlich den Schuhmachern zu verdanken haben. Wir freuen den Zugang noch fernzuhalten, da noch einige Kollegen außer Acht sind.

Leude. Die Vertretungsbehörde der Schuhmachersmeister in Frankfurt a. M. wurde vor einiger Zeit im "Fachblatt" berichtet und auf den weiteren Auslauf dieses Unternehmens hingewiesen. Haupts. ist nun zu berichten, daß der Betrieb wegen Mangel an Baumaterial seit 14 Tagen eingestellt wurde, wodurch die Arbeiter schon mehrere Tage in Leidzulungen ihren Sohn erhalten.

Schuhmacher-Berufsgenossenschaft in Weihensteph. Nach einer Mitteilung in der Presse ist in Weihensteph eine Baugenossenschaft zum Zwecke der Errichtung von Arbeiterwohnungen und deren Vermietung an Genossen, d. h. an Mitgliedern der Genossenschaft, gegründet worden. Die Haftsumme beträgt 300 M. Die Vorstandsmitschriften sind die Schuhmacher Emil Ketteler, Martin Grabow und Karl Frähnert. Das in der Gründung der Genossenschaft sich befindende Interesse an der Wohnungsbaufrage ist recht erstaunlich, aber trotzdem halten wir sie nicht für zweckmäßig. Wie erachten es als die erste Pflicht eines Genossenschafts, insbesondere, wenn dasselbe eine Arbeiterstadt wie Weihensteph ist, den Wohnungsbau mit der größten Ausführungsleistung zu wenden und jetzt Wohnhäuser zu bauen, die nicht verkauft, sondern deren Bewohner vermietet werden sollen. Die Jubiläumsveranstaltungen gehabt werden möchten, so solchen Zwecken in der entsprechenden Weise und zu billigem Preis für herzhafte Darlehen, wodurch den Gemeinden die Erfüllung dieser Aufgabe wesentlich erleichtert wird. Allerdings gewähren diese Berufsgenossenschaften auch den Baugenossenschaften zu denstellen günstige Bedingungen Darlehen, aber selbstverständlich müssen die Genossenschaften selbst auch etwas leisten. Es werden also die beteiligten Arbeitnehmer Spannung einholen und so festlegen, während Jahrhunderte ist, daß es darüber weiter bestehen kann. Die steigende Unzufriedenheit der Christen des Arbeiters, die momentan während der Krise zum erdrückenden Bewußtsein kommt, führt auch zur Möglichkeit und Bereitschaft, bei sich darüberhinternden Gelegenheiten zur Verbesserung der Gewerbeverhältnisse den Platz und den Ort wechseln zu können, sollte die Arbeiter in mobilerweise eigenen Interessen davor behalten, sich an die Schule zu setzen. In der gegenwärtigen Krise ist schon manchem Arbeiter sein "eigenes Heim" vor Laien geworden und will er es dann in der zur Miete verlaufenden unglücklichen Zeit der Krise veräußern, so kann das nur mit empfindlichem Verlust ihm. Ähnliche Nachteile bietet aber auch die Einigung der paar Sparten in einer Baugenossenschaft. Wir meinen sehr, daß unsere Kollegen auch die Wohnungsbaufrage, eine sehr wichtige Frage ist, diskutieren, aber sie sollten die Stadtverwaltungen zu sachlichem Vorgehen veranlassen. In manchen Städten ist dies bestimmt bereits geschehen.

Die Betriebsleidungsberufsgenossenschaft zählt im Jahre 1900 4500 Betriebe mit 188 498 beschäftigten Personen. Die Summe der anstrengungsfähigen Löhne beträgt 121 Millionen Mark, im Durchschnitt 641 M. pro Jahr und Jahr, oder 12 M. pro Woche. Da haben wir die Thatache der Hungerlöhne in der Betriebsleidungsindustrie von der kapitalistischen Berufsgenossenschaft selbst festgestellt und verdeckt. Leider erhielt das "Bericht" von wenigen Seiten, daß die bequeme Beruhigung zu berufsfestlichen für gut hielt, leinerlei Auscheidung nach Branchen, so daß man auch kein Sachverständiges über die besondern Verhältnisse der Schuhmacher oder eines andern Branchen erfährt. Die Gesamtzahl der angemeldeten Unfälle belief sich auf 1705, wovon aber nur 446 entrichtet wurden, so daß „aller Unfälle den Krankenfonds zur Last liegen.“ Von den 447 Unfällen verletzten 6 tödlich, 397 hatten teilweise und 43 vorhergehende Erwerbsunfähigkeit zur Folge. In 219 Fällen legten die Berichter gegen den Geschäftsführer Berufsgenossenschaft Beschwerde ein, davon 75 Erfolg hatten, während 132 zurückgewiesen, 5 aufgehoben und 7 durch Vergleich erledigt wurden. In 4 Fällen rekrutierte gegen den Geschäftsführer des Schuhgeschäfts die Berufsgenossenschaft und batte damit in 3 Fällen Erfolg, in 20 Fällen refuzierten die Berichter, um jedoch nur in 2 Fällen zu ihrem Rechte zu kommen. Die gesamten Ausgaben betrugen 335 073,83 M. für Entschädigungen, wozu noch die Verwaltungskosten kommen. Der größte Teil der Entschädigungssumme fällt mit 294 510 M. auf die Renten an Berichter. Die summarisch die Entschädigungen, Kommissionen, zu deren Mitgliedern auch Schuhfabrikanten gehören, die für die Bevölkerung so überaus wichtigen Gefährte erledigen, zeigt speziell diejenige in Stuttgart, die in 12 Sitzungen 681 Anfälle abwickelt. Da gilt nur die Schablone, von einer besondern Behandlung der einzelnen Fälle, wie sie doch dringend notwendig wäre, kann hier nicht mehr die Rede sein. Sonne man dann nicht auch statt der Kommission - Automaten für diesen Zweck benutzen? Dies verberuhende Aufsichts- und Rechtsfähigkeits der Berufsgenossenschaften erhöhte sich hier in der Revision von 160 (von 4850) Betrieben durch den technischen Beamten. Diese Berufsgenossen-

schaften könnten auf dem Gebiete der Unfallverhütung wie der Hygiene und insbesondere dem der Fabrikarbeitsatmosphäre ungemein wertvolle und gemeinnützige Leistungen vollbringen, wenn sie nicht bloße kapitalistische Verwaltungsoptate wären, denen der erforderliche soziale Geist fehlt. Darum wäre hier eine Reform sehr nötig.

Vieter deutscher Gewerkschafts-Kongress in Stuttgart.

Im Freitagabend des Gewerkschaftskongresses trat am Montag, den 16. Juni der vierte deutsche Gewerkschaftskongress zusammen. An den Verhandlungen nahmen die würstengesetzlichen Gewerkschaften Baurat Werner, Stuttgart, Baurat Höchster, Stuttgart, Gewerbeinspektor Harderg, Oberberichter Sigel und die Gewerbeinspektorinnen Gruenauer. Vom Reichsrat des Innern war der Oberstaatsrat Dr. Högel entsendet. Als Gast hatte sich auch der nationalliberale Reichstagabgeordnete Dr. Hieber eingefunden.

Der Vorsitzende der Generalkommission Legien, Hamburg eröffnete gegen 10 Uhr den Kongress mit einer Begrüßung der Delegierten. Hausein, Stuttgart begrüßte den Kongress namens des Stuttgarter Gewerkschaftsrates.

Es folgten dann ihre Begrüßungsansprachen Busar, Prag und Jensen, Copenhagen. Peter Curran, London und Jas O'Grady, London begrüßten den Kongress in längeren Reden namens der General Federation of Trade-Unions. Ferner sind anwesend und begrüßt den Kongress: Grisius, Paris, von Creel, Amsterdam, Hubert, La Calamine, Bürkli, Antonio Garcia Quisido, Madrid.

Die Reden von Peter Curran und Jas O'Grady wurden in englischer Sprache gehalten und durch C. Elm überzeigt. Grisius sprach in französischer Sprache, seine Rede übersetzte Mr. Altman; von Creel redete wiederholt, ohne daß seine Rede übersetzt wurde. Calame debütierte sich wieder in französischer Sprache, die Rede wurde von Frau Bellini ins Deutsche übertragen; der Spanier Quisido sprach italienisch, die Rede wurde von dem Italiener Ballerio übersetzt.

Legien, Hamburg und Bömelburg, Hamburg wurden als Vorsitzende gewählt. Der Kongress beschloß von sich 8 bis 12 Uhr und nachmittags von 2 bis 6 Uhr zu tagen. Hierauf trat die Mittagspause ein.

Die Nachmittagssitzung eröffnete Bömelburg. Zunächst wurden zwei Kommissionen gewählt; die eine soll die Redaktionskommission für die Mitträge bilden, die andere die Resolutionen gegen die Anwendung des Erfassungsparagraphen und gegen den Vollraub aussuchen.

Legien gab den Redaktionsschreiber der Generalkommission und verwies dabei auf den vorliegenden gebundenen Bericht.

Der Streit zwischen der Generalkommission und dem Stuttgarter Gewerkschaftsrat sei in dem Bericht so ausführlich gegeben, damit jeder Delegierte, wenn die Frage zur Sprache kommt, sich über die Haltung der Generalkommission genau unterrichten könne. Wir halten eine lange Befreiung des Angeklagten für überflüssig. Das Kartell hat den Beschluss des letzten Gewerkschaftskongresses missachtet; so lange die Beschlüsse stehenbleiben, ist die Angeklagte erledigt. Wir haben keine Freiheiten, wollen auch keine haben. Ich rate Ihnen ab, Beschlüsse zu fassen, welche die Leipzigern ertragen, für die Organisation wider anzuwählen. Wir haben unsere Stellungnahme den Vorständen der Centralverbande zur Begutachtung vorgelegt und überall Zustimmung gefunden. Das Hauptgericht habe die Generalkommission auf die Statthalter gelegt. Es ist viel besser geworden. Die Unternehmer extremen unsere Macht an, indem sie fortgesetzt nach Ausnahmegesetzen schreien, und auch die Regierungen müssen fragen: Wie hellen Sie die Gewerkschaften dazu? Die Statthalter haben sich bewährt, seitens der Verbandsvorstände müßte die Generalkommission hierzu noch mehr Unterstützung finden. Die Generalkommission legt ihr Mandat in Ihre Hände zurück in dem Gewerkschaften, ihre Schulden gehen zu haben. Es mögen Schritte gemacht werden, denn wir sind keine Södier. Der Gewerkschaftskongress ist zur Kritik da, aber Sie kritisieren, aber bewilligen Sie uns mißbrauchbare Klamäuse. (Heiterkeit.)

Seedorff. Hamburg wünscht darauf hin, daß der Leipziger Gewerkschaftsrat aus der Liste der mit der Generalkommission in Verbindung stehenden Kartelle gestrichen werden. In Hinweis dem Leipziger Kartell stehen 26 000 organisierte Arbeiter, die man nicht so ohne weiteres freisetzt. Es steht da, ob nicht ein anderer Weg hätte gewählt werden können. Es ist zur Berichtigung. Zum übrigen sei er mit dem Generalkongress zufrieden.

Tischendorfer. Berlin bemängelt es, daß die Generalkommission eine Einladung zu einem Bürgerlichen Arbeiterskongress in Paris abgelehnt habe mit der Motivierung, es käme bei diesem Kongress nichts heraus. Die organisierten Arbeiter sollten überall vertreten sein, wo Arbeitsschläge verhandelt werden.

Becker. Leipzig. Legien hat den Leipziger Fall in seinem trockenen Weise behandelt. Das Leipziger Kartell hat seine Beschlüsse geändert, und es liegt keine Rechtfertigung vor, das Leipziger Kartell einfach von der Landkarte zu streichen. Legien sagt heute: Lassen wir die Leipziger laufen. Natürlich hat er mir drüber geholt, auf dem Kongress werde der Anschluß der Leipziger erfolgen. Besonders die plötzliche Ankündigung? Mit 26 000 organisierten Arbeitern bringt man nicht so um. So kann es nicht weiter gehen. Ich bitte Sie, die Sache zu überlegen und die Leipzigern mit ihrem Kler wieder auf die Landkarte zu legen. (Heiterkeit.)

Bömelburg schlägt vor, den Vertreter des Leipziger Gewerkschaftsrates zu hören.

Döbbelin und **Reichardt** widersetzen, der sog. Vertreter des Kartells sei doch hier nur Gott.

Der Kongress beschließt nach dem Vorschlag Bömelburgs und Tischendorfers, daß das Wort „Döbel“ führt aus: Legien habe hier sehr abweichend über das Leipziger Kartell gehalten. Die Generalkommission hat in dem Leipziger Fall ihre Schuldigkeit nicht gehabt. Sowohl die Tarifgemeinschaftsfrage in Beirat kommt, wollen wir eingehen, das wir nicht immer ganz verantwortlich gehandelt haben. Es muß eine Verhandlung herbeigeführt werden. Ich hoffe, daß der Kongress die Sichtfrage beilegen wird.

Legien erwirbt Tischendorfer, der Pariser Kongress sei die Fortsetzung des 1897 Leipziger Kongresses, wo festgelegt worden ist, die Arbeiter seien hier, sie sind aber auch nicht notwendig. Wir nehmen eine Einladung von Renten nicht an, die uns einmal für überflüssig erklärt haben. Meint Tischendorfer es gut mit den Arbeitern, so hätte er in Paris sagen sollen. Ein Kongress ist überflüssig, geht zu den Arbeiterskongressen. Herr Berliner, der frühere Minister, soll zu uns kommen, aber nicht neue Bahnlinien wollen. Wallen und die Bürgerlichen Arbeiterschaften helfen, so werden sie uns willkommen, aber wenn sie nicht zu uns kommen, so werden wir auch allein fertig. Mit dem Arbeiterskongress in Berlin seien wir in freundschaftlichem Verhältnis. Der Redaktionsschreiber weiß das aus. Der Fall Tischendorfer bestand darin, daß Tischendorfer in den örtlichen Gewerkschaften einen Vortrag gehalten hat. Ich glaube, es ist ihm nicht Unrecht geschehen.

Wöller. Hamburg verlangt, das Lüttich eine Erklärung darüber abzugeben, wie es sich die Verhandlungsgerechtigkeit.

Lüttich-Liebig erklärt, daß nicht ihm zu können, da er keinen Auftrag in Leipzig zu bestimmten Erklärungen erhalten habe.

Zum Leipziger Streitfall sagt Legien, er könne die Leipziger nicht verstehen. Sie als Einzelorganisation müßten sich doch der Gesamtorganisation einfügen. Die Beschlüsse des Frankfurter

Gewerkschaftskongresses müssen von Leipzig gehalten werden. Dann ist alles gut. Wenn wir für die Buchdrucker eingetreten sind, so gelingt es aus Gewerkschaftsgründen, nicht wegen der Beiträge. Wollen die Leipziger wieder mitmachen, so erkennen sie die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses an. (Beschluß.)

Reichardt. Leipzig polemisiert gegen die Leipziger und Lüttich, dessen Reise nach Stuttgart überflüssig wäre, wenn er nichts weiter zu sagen habe, als er gesagt habe. Die Buchdrucker haben sich genau nach dem Stand des Leipziger Kartells gerichtet, eins völlig legal beschlossen. Die Buchdrucker wollen keine Schärfe in die Debatte bringen, sie können sich aber nur verbünden, wenn der Kongress das auspricht, daß der Buchdruckerverband die einzige innerhalb der Generalkommission gültige Gewerkschaft ist.

Simon. Nürnberg hält die restierenden Delegierten der Schuhmacher zu streichen. Er verneint die Antworten der Leipziger Kartelle an die Generalkommission. An dem Stand haben die "Leipziger Volkszeitung" und der "Buchdrucker-Korrespondent" ein voll genutztes Wahl der Schul. Wenn Herr Reichardt heute hier sagt, er habe eine Verhandlung gehabt, so nimmt ich das sehr ironisch an, wer weiß, wie er die Partei, der wir fast alle nahe stehen, mit Schmidt und Röhl beworben hat, der steht die Lage anders an. Die Generalkommission könnte nicht anders handeln als geschehen, sie mußte sich nach dem Kongressentschluß aufgespalten werden.

Büchner. Berlin tritt Legien in der Frage der Beschleunigung des Pariser Arbeiterskongresses bei.

Hügel. Es ist mit der Bürglichkeit der Generalkommission einverstanden, besonders mit der statistischen Kollege Simon taktet der "Korrespondent" und Reichardt. Aber er sollte mal den Gegenteil lesen, da würde er es verstehen, daß von Stephäusser juristisch geschlossen wird. Die "Buchdruckerwacht" greift uns Gewerkschaftsbeamte in einer Weise an, wie wir es nur von Schärmen gegenorganen gewöhnt sind. Den Fall Tischendorfers versteht es nicht wie Legien. Im Bürgertreff finden sich viele Sozialdemokraten, die den christlichen Gewerkschaften Vorträge halten. Anders steht ich zur Frage der Beteiligung der Pariser Kongress. Auf diesem Kongress spielt Berlewig die Hauptrolle, der mitgewählt hat an der Wahlregelung von Lauten von Gewerkschaften, die ihr Koalitionsrecht verlangten. Die Arbeiter können auf diesem Mannen kein Vertrauen haben.

Mit der Begrüßung um 6 Uhr schließt der Vorsitzende die Sitzung um 6 Uhr.

Zur Abstimmung an ein neues Redaktionsschreiber wird der folgende Antrag des Gewerkschaftsrates Kassel zur Diskussion gestellt:

"Der Gewerkschaftskongress wolle beschließen: Die Centralorganisation der Gewerkschaften deutscher Buchdrucker wird als gleichberechtigte Organisation anerkannt. Dieselbe hat gegenüber der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschland die gleichen Rechte und Pflichten wie jede andere auf dem Boden der modernen Arbeitersbewegung stehende Centralorganisation Deutschlands."

Umbreit. Hamburg rechtfertigt im Sinne Legiens die Behandlung des Falles Tischendorfer im "Korrespondenten" und wendet sich gegen den Böhmischen Dobrillen, im "Korrespondenten" politische Gleichberechtigung ohne wirtschaftliche Bewegung.

Hügel. Essen spricht zu der Hamburger Accordeur-Affäre und der Buchdruckerfrage und drückt sich bezüglich letzterer dahin, daß eine Lösung nur möglich ist, wenn auf beiden Seiten mehr Toleranz geübt wird.

Stephäusler. Leipzig: Unsere Stellung zur Partei ist nur bedingt von der Stellung der Partei zu uns. Der Gewerkschaftsrat muss oft in Widerprüfung mit dem Parteiprinzipien stehen. Wir Gewerkschafter sind die Träger der modernen Arbeitersbewegung und der Partei. Die Gewerkschaften müssen sich mit Politik beschäftigen, aber keine Parteipolitik treiben. Es gibt keine politische Bewegung ohne wirtschaftliche Bewegung.

Robert Grimm. Berlin meint, Stephäusler werde mit seinem Programm wenig Anhang finden und verzögert sie ganz. Seine "Redaktionsschreiber" gegen die Partei als ein bewußtes Verabreden zu bezeichnen. Es gibt zu, daß den Buchdruckern vielfach Unrecht getrieben ist, aber das betrifft nicht die ganze Partei zu verunglimpfen. Die parlamentarische Räder haben den Gewerkschaften die Rechte gewährt, um sie zu fördern, und hier hat die Sozialdemokratie keine negative Arbeit geleistet.

Haupt. Magdeburg: Hoffentlich über die Debatte eine erzieherische Wirkung auf die Buchdrucker aus. Die Debatte bei ihnen eine ungeliebte Schauspielerei. Die Betreibungen Raupius, reine Gewerkschaftsgebäude in das Parlament zu wählen, sind zu verurteilen.

Poos. Berlin: Die Buchdrucker haben gewerkschaftliche Erfolge, aber sie suchen sich deshalb nicht als unzureichende Amtmann hinzuladen. Stephäusler schreibt Artikel gegen die Partei, die in der Stummfilm "Vor" abgedruckt werden. Reizjäger schlägt die Gewerkschaften zu noch ein. Die Gewerkschaften sind ein gleichberechtigter Faktor an der Seite der politischen Partei. Sie stehen aber nicht über der Partei. (Stoffel, Bössel und Wackerhauß.)

Malinowski. Berlin: Wir haben keine Furcht, uns als Sozialdemokraten zu definieren. Wir haben die Deputaten an Posadowsky ebquivig aus Nutzungsgründen unterordneten. Wenn uns gezeigt wird, den Buchdruckern gehört die Handelskartei von uns, dann kostet und kostet in uns. Niemand hat uns gegen solche Beleidigung in Schutz genommen. Will man eine Versammlung, so muß es auf beiden Seiten geschehen. Nur man es nicht, so hauen wir Stein, wie wir es bisher gehabt haben. (Säuerliche Heiterkeit, Bössel und Wackerhauß.)

Paepcke. Hamburg: Dieser Organisations können nicht anerkannt werden, es sei jetzt aber notwendig, daß der Buchdruckerverband Schritte unternimmt, die Sonderorganisation wieder in den Verband aufzunehmen. Die Zahl der Buchdrucker sei jetzt ihr Ende.

Reichel. Berlin: Der Buchdruckerfrage muß hier gründlich verhandelt werden. Wer findet es der politischen Partei schuldig, daß wir die Angreife der Bürgers auf die Partei zurückweisen. Den Antrag Kassel müssen wir ablehnen.

Wackerhauß. Leipzig: In Bezug auf den Antrag Kassel kann es nur ein Einwider - Über geben. Die Mitglieder der Gewerkschaft müssen mit Aktiven uns Pausen wieder aufgenommen werden. Der Grundtag „Parson“ gibt es nicht kann hier nicht gelten.

Wackerhauß. Berlin: Wollen Sie mit, daß es die Organisation als solche abgeschieben kann, wenn der Verein zur Förderung des Internationalen Arbeiterschusses anzugehören.

Döbbelin. Berlin: Holt die Ursache auf der einen Seite auf, so stellen auch wir die Gewerkschaften ein. Paepcke magnt uns zur Berichtigung. Warum verhindert Sie Paepcke's Organisation nicht mit den Accordeuren? Wir jubeln die ebenso die Hände zu einer einheitlichen deutschen Gewerkschaftsbewegung. Sie müssen aber auch dafür sorgen, daß die Buchdrucker ebenso anständig behandelt werden wie andere Organisationen.

Umbreit. Hamburg hofft, daß die heutige Debatte zur Klärung beitragen und nicht ohne Einsicht auf die Verhandlungen des Magdeburger Buchdruckerkongresses einfließen wird.

Rat einer Abstimmung Tischendorf, bereitst des Pariser Arbeiterskongresses mit Mittagspause ein.

Die Diskussion wird in der Nachmittagssitzung fortgesetzt. Es sprachen noch Döbbelin, Hamburg, Frankreich, James Berlin, Kitzschmid, Berlin und Sachse, Zwickau. Beschiedene Resolutionen werden dadurch erledigt, daß Bömelburg folgendes Fazit zieht: Die Debatte hat ergeben, daß Uebereinstimmung

darüber herrscht, daß keine Trennung zwischen Partei und Gewerkschaft stattfinden kann, daß beide sich ergänzen müssen. Es herrsche weiter Unebereinstimmung, daß der „Correspondent“ häufig gegen die Partei über die Schürn gehauen hat, andererseits war aber auch die Meinung allgemein, daß einzelne sozialdemokratische Parteiblätter sich das gleiche Vergeschenk schuldig gemacht haben. Wenn der Kongreß das als uneinheitliche Meinung ausspricht, so erfordert sich jede weitere Abstimmung.

Der Kongreß ist mit Bremen einverstanden.

Es kommt nun die Agitation unter den Arbeitern zu Sprache, worüber Frau M. Lieg - Berlin referiert. Das Referat beweist zunächst auf die Frauenbefreiung von 1865, nach der im Vergleich zu 1862 die Frauenarbeit um 23 Prozent, jene der verheirateten Frauen gar um 50 Prozent gestiegen ist. Das sei eine ernste Bedrohung der Männerarbeit, gegen welche längst harte Stellung genommen werden müssen. Eine Reihe Einzelvereinigungen auf dem Gebiete der Frauenarbeit werden vorgeführt, die diese Agitation unter den Frauen erfordert und eine intensive Agitation unter denselben als dringendes Bedürfnis gefordert.

Die Diskussion, an der sich hauptsächlich Frauen beteiligen, war eine sehr animierte und eingehende. Ob Stum ergibt sich durch die Annahme folgender Resolutionen bzw. Anträge, zunächst jener Resolution der Resolutoren:

„Es ist im Interesse der organisierten Arbeiter dringend geboten, daß sie in allen jenen Industrien, welche weibliche Arbeiter beschäftigen, eine kräftige und planmäßige Agitation zur Aufklärung und Heranführung der Kolleginnen einzuführen.“

Die weitgehenden technischen Fortschritte sowohl wie die Tatsache, welche die Haushaltsspitze beginnt, ermöglichen die Einschaffung ungelernter Kräfte, welche, solange sie nicht für die Organisation gewonnen sind, geschlechtliche Konkurrenz bleiben. Mit ihrer Hilfe gelingt es den Unternehmen, immer weitere Verbilligungen der Lohns und Arbeitsbedingungen durchzuführen, welche die gesamte Arbeiterchaft aufs empfindlichste schädigen.

Um die Arbeiterinnen den Organisationen aufzuführen, empfiehlt es sich, außer den allgemeinen Agitationstreffen, regelmäßige Werktreffungen abzuhalten, rege Hausagitation zu betreiben, um die Arbeiterinnen systematisch über Lohns und Arbeitsbedingungen und die Bedingungen der Gewerbeordnung wie überwiegend die Arbeitszeitregeln aufzuklären.“

Um über die Agitation unter den Arbeiterninnen planmäßig in die Wege zu leiten, wäre den in Frage kommenden Gewerkschaften zu empfehlen, einen Beamten bezüglich mit den dafür zuständigen Arbeiten zu betrauen. Als das wichtigste Agitationsmittel ist zu betrachten, daß sämtliche organisierten männlichen Arbeiter ihre weiblichen Familienmitglieder, welche in irgend einem Beruf gewöhnlich tätig sind, bestimmen, daß dieselben der gewerkschaftlichen Organisation des betreffenden Berufes anzuschließen.“

Sodann wurden gleichfalls angenommene folgende Anträge: „Da zur Gewinnung von Arbeiterinnen für die Organisationen Frauen am besten und erfolgreichsten agitieren, beschließt der Kongreß, daß die Generalkommission die Plätze hat, in allen Berufen und an allen Orten Deutschlands, wo Arbeiterinnen in der Industrie beschäftigt sind, die Agitation unter diesen durch Frauen zu betreiben. Die Generalkommission ist verpflichtet, die Unföhr für Verhandlungen j. zu tragen, falls die Gewerkschaften dazu nicht einstehen.“

Rudolf-Nürnberg und Genossen.“

Der Gewerkschaftslongress hält es für notwendig, daß die Organisationen mehr Wert als bisher auf die Gestaltung der Arbeiterinnen für die Organisationen legen. Als wichtiges Mittel, um die gewonnenen Arbeiterinnen an die Organisation zu halten, empfiehlt der Kongreß, dieselben Unterhaltungen einzuführen, welche den Verhältnissen der Arbeiterinnen entsprechen, namentlich Auftritte bei Krankheiten, Wochenrinnen-Unterstützungen, Haus- und Schule für Schwangere u. c.“

In der Mittwochs-Sitzung erstaute zunächst die Mandatoprüfungskommission ihren Bericht. Danach sind 155 Delegierte und Delegatinen vorhanden, die 58 Verbände mit zusammen 681 118 organisierten Arbeitern vertreten. Sodann wurde über Punkt 2 a und b verhandelt. Über die davor gehörigen Anträge referiert Lepke - Stuttgart. Es handelt sich um die Agitation im allgemeinen und über die ferne Ausgestaltung des „Korrespondenzblattes“. Auch um die Frage bezüglich des Fabrikzugs, welcher Auftrag des Frankfurter Kongresses seitens der Generalkommission noch nicht ausgefüllt werden konnte.

Der Gang des sofori lebhaft eingehenden Debatta erwies ohne Ausnahme das allgemeine Interesse, unter Fortsetzung aller Ballotages das erbringend notwendige zu schaffen.

Am Nachmittag wurde zunächst über Punkt 2 o: Streikunterstützung und Streiktafel verhandelt. Beuglich der Statistik erläutert H. Melburg die Wichtigkeit der Statistik der Generalkommission und der außerordentlich großen Mängelhaftigkeit der amtlichen Streiktafel, welche sich lediglich auf politische Informationen stütze. Durch diese Verhinderungen sollen die Gewerkschaften dafür sorgen, daß die Reichsstatistik nicht nur auf Polizei- und Zollbeamten, sondern auch auf die wenigen eingeschlossenen und unzulässigen Informationen der Gewerkschafts-Vorstände aufgekauft werden.

Sodann wird über das Reichsarbeiter-Sekretariat in Verbindung mit der Thätigkeit und rechtlichen Stellung des Arbeitersekretariates verhandelt, der sich jetzt über die Wahl und Organisation der Vertreter in der Sozialgelehrung anschloß. Der erste Punkt referiert K. F. - Berlin. Derselbe führt zufolge an, daß angeholt der steigenden Unfallgefahr in allen Betrieben den Betrieben ein Schutz und eine Hilfe gebühre, deren sie heute erlangen. Die Handhabung der Rechtsprechung beim Reichsversicherungsamt lasse unendlich viel, ja beinahe alles zu wünschen übrig, denn der dort dort wohl den ganzen Stab der Berufsgenossenschaften in Berlin von Berufsausärzten und Richtern anständig, hingenommen ist der Betriebe entweder gar nicht anwendbar oder er wird nicht in entsprechender Weise sein Interesse zu vertreten. So muß das Gericht zu einem einleitenden Urteil gelangen. Entschieden notwendig ist es, daß die Richter der Betriebe endlich zur vollen Geltung kommen.“

Maiwald vertritt sich über die behördlichen Drangsalierungen einzelner Parteien. Zug der bekannten Erfahrung Polakovius im Parlament mache man darauf gefestigt sein, daß der S. 25 der Reichs-Gewerbeordnung der Arbeiter-Sekretariaten noch unzureichende Schutzeigenschaften besitzen können. Angeschlossen der unzureichenden Rechtslage müsse man sich befreien vorziehen. Eine vereinfachte Sozialgelehrung sei nötig und zum Gedenken der Arbeiter-Sekretariate erforderlich. Auch die unentgeltliche Auskunftsstelle an Unionsgenossen habe wohl mit großer jener agitatorischen Wirkung gezeigt, die man sich von ihr habe und da vertraut. Sodann dagegen am Ende der Zukunft fort.

Simonowitsch berichtet sich nun über die gegenwärtigen Stande der Sozialgelehrung und die damit der Arbeiterarbeit erwachenden Probleme. Dies ganze große Gebiet ist bisher leider nur zu viel von uns vernachlässigt worden und erst die Vorlesungen der Arbeiter-Vertreter zu den Versicherungsämtern haben die große Masse etwas aufgerichtet. Diese Vorlesungen sind durchgehend zu unserem Vorteil ausgeschlagen, mit Ausnahme jener der Gewerbeausgenossenschaft, wo infolge der Situation der feststehenden Bevölkerung abgebauten Schuhfabriken, Hafensiedlungen und deplorables als „Arbeiter“ gewählt wurden. Nach der neuen Novelle dürfen auch jetzt die Vertreter der Handarbeiter gewählt werden, während sie bisher entsandt wurden, und auch auf diese müssen wir durch eine Organisation Einfluss zu gewinnen suchen. Für die Pächter, welche uns durch die Verbreitung der Arbeiterinteressen auf diesem Gebiet erweisen, reichen die Kräfte der Arbeiter-Sekretariate nicht aus. Doch sollte man in Berlin eine Form gefunden zu haben, welche sich später auch auf die Provinz ausdehnen läßt

und den Interessen der Massenbewohner Arbeiterschaft Rechnung trägt. Die Zahl der Arbeitervertreter in den verschiedenen Versicherungsämtern beträgt z. B. 9064, dazu kommen noch die unteren Institutionen, zusammen kommen 118 255 Personen in Betracht, ungefähr die 100 000 Vertreter in Krankenanstalten und die mehrere 100 000 Delegierte derselben. Man habe alle Urlaube, die Organisierung und Ausklärung dieser Maßen in versicherungstechnischer Beziehung zu fördern noch allen Kräften.

Alle drei Sekretariate wurden mit lebhaften Beifall quittiert und nach Erledigung einiger formeller Geschäfte die Sitzung um 6 Uhr abends auf Donnerstag verlängert.

In der Sitzung am Donnerstag erklärte zunächst Lepke, daß der Gewerkschafts-Ausschuß und die Generalkommission sich gegen die von Simonowitsch vorgeschlagene Organisation der Arbeiter-Vertreter in den Versicherungsämtern wenden. Das richtige Feld zur Erziehung bzw. Ausklärung dieser Arbeitervertreter findet die Gewerkschaften.

Eine offene Anfrage an das Reichsamt des Innern bezügl. Reichs-Versicherungsamt rührte der Vertreter des Gewerkschaftsverbands Müller - Hamburg bezüglich der Wahlen der Gelehrten zu den Versicherungsämtern. Eine Reihe dabei passiver Unzulänglichkeiten, die lächerlich wirkende Wahl-Abschlußmittel zu Ungunsten der hanseatischen Gelehrten hätten seltsam den Direktor des Gesetzgebungs- und Präsidenten im Ausspruch veranlaßt, ihm sei das Wahlergebnis ein Rätsel. Dieses Rätsel muss geklärt werden und darum ersucht er um Auskunft. Den Plan Simonowitsch möge der Kongreß ablehnen.

Nach weiteren unerheblichen Ausführungen und den Schlussworten des Referenten, die neue Geschäftspunkte nicht enthielten, wurde zunächst in namentlicher Abstimmung mit Zweidrittel-Mehrheit folgender Antrag der Generalkommission angenommen:

„Der Kongreß beschließt: Die Generalkommission hat in Berlin ein Reichs-Arbeitersekretariat zu errichten, welches die Natur, die von Mitgliedern der Gewerkschaften bei dem Reichsversicherungsamt abhängig gemacht werden, zu bearbeiten und für männliche Vertreter der Kräfte in der Behandlung vor dem Reichsversicherungsamt zu sorgen hat.“

Das Sekretariat untersteht der Kontrolle der Generalkommission. Zur Deduktion der durch die Errichtung des Reichs-Arbeitersekretariats entstehenden Ausgaben (die bis zum nächsten Gewerkschaftslongress den Betrag von 15 000 M. pro Jahr nicht übersteigen dürften) wird der von den Gewerkschaften an die Generalkommission zu zahlende Beitrag von 3 auf 4 Pf. pro Mitglied und Quartal erhöht.“

Darauf Bezug nehmend, beschloß der Kongreß ferner, die neu sozialistische Institution „Reichs-Arbeitersekretariat“ zu nennen. Ferner wurde, gleichfalls in namentlicher Abstimmung, die Verlegung des Sitzes der Generalversammlung von Hamburg nach Berlin mit beiheiter Zweidrittel-Mehrheit beschlossen. Endlich wurde noch der Antrag des Bergarbeiter-Vereinbands auf Errichtung eines Arbeitersekretariats in Saarland auf gleicher Grundlage wie in Beubien der Generalkommission zur Erwähnung überlassen, der Antrag Simonowitsch auf Schaffung einer besonderen Organisation der Arbeiter-Vertreter bei den Versicherungsämtern aber einstimmig abgelehnt.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung: Submissionswesen und Streiktafel, referiert Paepcke - Hamburg nach kurzer Mittagspause. Er gibt ein labendolisches Bild der gegenwärtigen Zustände auf dem Gebiete des Submissionswesens, konstatiert die Haltung der Behörden in einzelnen Bundesstaaten, objektiviert die Haltung der Gewerkschaften bezüglich dieser Resolution.

In der Debatte werden eine Übersicht lächerlich wirkender Submissionsblüten vorgeführt und die einseitige Haltung der Behörden in Streikfällen getadelt, aber auch in Einsätzen das Gegenteil rückhalts anerkannt. Auch die Notwendigkeit der Lohn-Hauptsatz in Beiträgen mit den Unternehmen, sowie die Abschaffung bzw. Einführung der Durchschnittsarbeit wird bejubelt, deren Beleghaltung resp. Erweiterung in ergänzlichem Gegensatz zu den am gesetzlichen Mittelfondsrateitei steht.

Die Resolution Paepcke wird darauf einstimmig angenommen. Sie lautet:

„Unbedeckt der grundsätzlichen Forderung: Beseitigung des Submissionswesens und Ausführung der öffentlichen Dienste in Städten der kantonalen und kommunalen Verwaltungen, erklärt der vierte Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands:

„Die Aufnahme von Streiktafeln in Arbeits- und Lieferungsverträge (Submissionsbestimmungen), wie sie seitens verschiedener Unternehmertypen gefordert wird, würde eine durch nichts zu rechtfertigende Bestecknahme des Arbeit vergebenden Besitzes und des laufenden Publikums in Gunsten derjenigen Unternehmer und Aktionären sein, die nicht geneigt sind, die zwischen Arbeitern und Unternehmertypen getroffenen Vereinbarungen über Löhne, Arbeitszeit, Arbeitszeitung i. c. innerhalb respektive der Arbeitern angemessene Arbeitsbedingungen nicht gewahrt zu wollen.“

Diejenigen Unternehmer und Aktionäre, die den Arbeitern einen angemessenen Lohn zahlen, menschenwidrig Einrichtungen in ihren Betrieben treffen, für anfängliche Behandlung der Arbeitersorge irrgang und keine übertriebenen Anforderungen in Bezug auf Arbeitszeit und Arbeitsbelastung stellen, bedürfen einer Streiktafel nicht. Dagegen würde die Klausel für die unlauteren Elemente in der Unternehmerschaft optimal den Antrag befürworten, sich ihrer übernommenen Verpflichtungen in einer Weise zu entledigen, die als korret und reell nicht bezeichnet werden kann.“

Die Streiktafel vermag aber auch die Streiks nicht zu verhindern, sondern, sofern das Ende derzeit nur hinzu führt, daß die Vorhandensein der Streiktafel und ihre Anwendung würde die Kämpfe um die Lohns und Arbeitsbedingungen um so mehr verschärft, umso mehr, da die Unternehmertypen auch dann die Klausel angewandt wissen wollen, wenn sie selbst (die Unternehmer) die Arbeitnehmer auszuspicken zu dem Zwecke, die Lohns und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern.

Aus alldem Gründen führt der Gewerkschaftslongress sich für bestreikt, von den Behörden die fristige Ablehnung der Streiktafel zu verlangen.

Dagegen vertritt der Gewerkschaftslongress auf die sogenannte Lohnklausel, mittels welcher schwer empfindbare Missstände, die sich aus dem Submissionsverfahren ergeben, zu bejegnen sind. Der Gewerkschaftslongress erachtet es als eine der hervorragendsten sozialpolitischen Aufgaben der staatlichen und kommunalen Verwaltungsbüros, mit gutem Beispiel voranzugehen und ihren Arbeitern und Lieferanten vertragliche die diesbezügliche Klausel einzufügen und die Innehaltung derselben zu überwachen.“

Ebenso wird noch angenommen der Antrag der Hamburger Buchdrucker:

„Der Gewerkschaftslongress erachtet der Generalkommission den Auftrag, eine Eingabe an die deutschen Bundesregierungen zu richten, in welcher die Abschaffung aller Missstände des Submissionswesens von Seiten des Staates gesetzlich geregelt und insbesondere die Durchschnittsarbeit im Interesse der deutschen Industrie auf die minimale Grenze des freien Wettbewerbs eingehendst resp. verboten wird.“

(Schluß folgt.)

Mitteilungen.

Berlin. In der Schuhfabrik von Goldstein, Köpnickerstrasse 55, wurde bei den Liebhabern eine neue Arbeitserstellung eingeführt, indem die Kappen-Schäfte, Brandföhren und Stoßföhren-Aufsätze von jugendlichen Arbeitern bearbeitet werden, natürlich aber so mangelt, daß die Liebhaber immer nachdrücken müssen. Während unter Forderung von 24 Pf. für das Selbstschärfen der Kappen von allen Fabrikanten zurückgewiesen wurde, wollte Herr Goldstein für Kappen-Schäfte, Brandföhren- und Stoßföhren-Aufsätze bei Herrnarbeit 80 Pf., bei Damnerarbeit 80 Pf., und bei Kinder- und Mädelarbeit 75 Pf. per Dutzend absetzen, die Liebhaber hielten jedoch nur einen Abzug von 80 Pf. pro Dutzend für angemessen. Da Herr Goldstein sich auf keinerlei Rücksichtnahme einließ und erklärte, was für den neuen Preis nicht Liebhaber will, kann geben, so nahmen sämtliche Liebhaber, welche im Accord arbeiten, ihre Entlastung. Da aber Herr Goldstein zu den gebrochenen Accorden keine Liebhaber bekommen konnte, so lobt er sich genial, welche mit seinem Sohn einzutreffen. Dies hat uns nun veranlaßt, von einer Seite der Fabrik abzusehen. Es hat aber ganz den Anschein, als ob die letzte Rücksicht nur die Windfälle vor dem Sturm wäre, denn Herr Goldstein ist einfach unmöglich, seinen Betrieb nach dem Muster des Fränkischen Schuhabsatzes möglich mit jugendlichen Arbeitern aufrecht zu erhalten, oder die erwachsenen Arbeitern müssen mit den bei den jugendlichen Arbeitern üblichen Lohnsätzen zufrieden sein, wo würde er in Bezug auf seine Person einmal sein Prinzip gründlich über den Haufen werfen. Sind aber bei einer solchen Kategorie von Arbeitern oder Arbeitersinnen einmal die Berliner Löhne geringer als die Provinziallöhne, so erklärt Herr Goldstein, ich ziehe nach den in Berlin üblichen Preisen. Wir werden wohl bald erleben, daß Herr Goldstein, ebenso wie Herr Kullmann u. a., sich vergeblich bemüht, Arbeitern aus der Provinz zu bestimmen, da für schwache Arbeit keine Fabrik zu ungenügend und unschöne Erwerbsbedingungen bietet.

Bremen. Die Mitgliederversammlung des Central-Kontrollen- und Streikfonds der Schuhmacher am 2. Juni beschloß sich hauptsächlich mit den Anträgen des Centralvorstandes zur Generalkonferenz am 14. Juni. Die Abstimmung auf Änderung des Statuts. Die §§ 8 und 9 wurden ohne wesentliche Diskussion angenommen. § 13 Abs. 3 ließ dagegen eine lebhafte Diskussion herauf und zwar wurde der Gegenvorstand behauptet, daß dies eine Benachteiligung der sogenannten Berichterstatter sei, wenn der Abzug 3 getrieben werde. Von der Ortsverwaltung wurde dies damit zurückgewiesen, daß ein Mitglied, welches nicht versicherungspflichtig ist und sonst eine Wohnanschrift angebt, keinen Anspruch auf Anfangszins hat und hierin eher eine Ungerechtigkeit besteht, als wenn den doppelt Berichterstattern dieses erhöhte Geld entzogen wird. Ferner ist es auf der Generalkonferenz in München von Boffo zahlreich nachgewiesen, daß die sogenannten Berichterstatter seines Jahrs 1917 1,97% weniger tragen als die einfachen Berichterstatter. Darauf wurde der Antrag des Vorstandes angenommen. Sodann wurden die weiteren Anträge angenommen, nur § 23 Abs. 14 wurde abgelehnt und der Befund ausgeschlossen, dieser Satz befreite zu lassen. Schließlich wurden die Anträge der Ortsverwaltung beraten: Sein § 23 Abs. 2 stellte 8 Prozent 7 Prozent vor. Dieser Antrag wurde hauptsächlich vom Vorstand und Boffo darum begünstigt, daß dies für die Kasse eine Einnahme von 2500 M. bedeutet würde und dann, wenn der Antrag des Vorstandes, Abs. 3 in § 12 zu treten, angenommen werde, die Kasse kein Defizit mehr machen werde. Im § 32 soll der legit. Satz geändert werden und dafür zu legen: Neben die Berichterstatter des abgelaufenen Berichtsjahrs beziehend, die leicht Generalversammlung. Allgemeiner Antrag: Der Vorstand wird beantragt, falls vor der nächsten Generalversammlung das Kontrollenversicherungssiegel in der Weise abgeändert wird, daß das Vorstecken der Kasse in der jetzigen Form in Frage gestellt ist, sich mit dem Vorstand des Vereins deutscher Schuhmacher in Verbindung zu setzen beabsichtigt. Eine diesbezügliche Vorlage ist bei der nächsten Generalversammlung vorzulegen. Die Delegierten zur Generalkonferenz wurde Zimmermann aufgefordert.

Gießen. Mit einer Übersicht von Gießen hat die Krift in Deutschland ihren Einzug gehalten und das Auge trübt sich, wenn wir den Kummer und Jammer der tauende und obdauernde Arbeiterloher erblicken. Wo vor kurzem ein reges Interesse vorkam und laufende Menschenhände sich legten, um den Menschen aus den Schülern aus dem Schülern zum Himmel tragen als Zeige der menschlichen Freiheitlichkeit, da sagen jetzt die angrenzenden Schornsteine empor, wie wenig sie Wider in die Luft ziehen wollen. Aber so komisch und auch der lange Zug der Arbeiterloher beobachtet, der an unserem geliebten Zug vorüberzieht, der Schmerz wird etwas gemildert durch das Gefühl der Genugtuung darüber, daß die Krift die Arbeiters wieder aufzurichten und zu veranlassen, über ihre politisch-blaue Lage nachzudenken. Bei den hiesigen Kollegen scheint dies aber nicht der Fall zu sein, sonst würden doch die organisierten Kollegen wenigstens mehr Interesse für unsere Organisation zeigen, als dies bisher der Fall war. An den Gießwager Mitgliedern liegt es, wenn es in nächster Zeit heißt, daß wir nicht mehr imstande sind eine Mitgliederberatung abzuhalten. Die Kollegen mögen aber auch daran denken, daß es nur ihr eigenes Verdulden ist, wenn die Lebenslage immer tiefer sinkt. Wagen sie alle persönlichen Streitigkeiten zu meiden und vollständig in den Versammlungen erscheinen, denn nur durch Einigkeit können wir es erreichen, daß wir unsern Zug feststellen.

Leipzig. Die Mitglieder der Schuhfirma Leipzig schließen sich dem ersten Teil des Protests der Hamburger Kollegen an und verzieren auf das schärfste, daß die Delegierten zum Gewerkschaftskongreß aus der Generalversammlung gewählt wurden und nicht aus der freien Wahl der Mitgliedschaften herzogenen.

Die Firma Schloß u. Co. in Fürth berichtet in der „Frischens Tagespost“ die Röte, welche die dem „Schuhmachers-Jahrbuch“ entnommen. Da wir es seit als eine Gewissheit betrachten, ohne Ansehen der Person, nur der Wahrheit zu ihrem Rechte zu verhelfen, brüder wir diese Verächtigung gerne ab und beklagen, daß wir mit jeder Röte irre geführt wurden.

Die Verächtigung lautet:

„Es ist unbekannt, daß wir auswärtige Arbeiter, sowohl aus Böhmen, als auch aus Deutschland nach Fürth zum Eintritt in unser Geschäft unter Beschreitung gelebt haben, die wir nachher nicht hielten. Die von uns engagierten jugendlichen Arbeitern kommen wir vollständig beschäftigt und haben sie auch so beobachtet. Es ist insbesondere unwahr, daß dieselben tagelang auf Arbeit warteten. Lebhaft im Anfang ihrer Beschäftigungszeit haben sie ein paar Stunden auf Arbeit warten müssen, weil ein Buchhalter erkrankt war. Derartige kleine Säderungen kommen aber wohl in jedem Betriebe vor. Wenn einzelne jugendliche Arbeiter, welche noch ungelöscht und zujuem auch nicht siebzig waren, nicht auf ihren Lohn kamen, trifft uns tems Berufslosen. Die zwei Familien aus Böhmen entlangen, mit denen wir Beiträge eingezogen, so haben dieselben richtig Vergütung für ihren Umgang und Vorleistung erhalten. Dieselben sind vollständig beschäftigt und haben nunmehr ein gutes Auskommen.“

Davon endlich, daß unser Berliner Schwarze die Arbeiters dominieren, kann gar keine Rede sein; derselbe sieht die von den Arbeitern gelieferten Waren genau durch und prüft allerdings Schäfte oder schlecht gearbeitete Waren nicht gut, allein damit erfüllt er seinen Arbeitgeber gegenüber nur seine Pflicht und thut auch den Arbeitern damit kein Unrecht.

Hochachtungsvoll.

Die Inhaber der Firma Schloß u. Co. S. Moenital, S. Schloß.

Berichtigung.

Neben den Herrn Schuhfaktor Bahn in Augsburg i. S. und einem Teil seiner Arbeitern wurde dem „Schuhmachers-Jahrbuch“ eine Krift betreffend die Arbeitserhältlichkeit in der Fabrik zu gefandt (Nr. 40 des „Sch.-J.“), die, wie uns nachträglich mitgeteilt wird, übertrieben war.

Romanisch entnehmen die dunklen Andeutungen betreffend die Beziehungen zu den Arbeiterninnen jeder Begründung. Wir nehmen

Beilage zu Nr. 26 des Schithmacher-Tachblattes.

Verein deutscher Schuhmacher.

Abrechnung pro 1. Quartal 1902.

Angabe

Name der Zahlstellen.	Zahl der Mitglieder		Zahl der Beiträge		Aufnahmegerühr		Beiträge von		Gesamteinnahme																						
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.					
1 Ahlen (Westfalen)	8	1	70	16	M	80	M	80	M	80	M	80	M	80	M	80	M	80	M	80	M	80	M	80	M	80					
2 Altenburg (S. A.)	23	—	400	—	—	120	—	—	80	—	—	20	81	9	—	112	49	58	6	7	14	15	—	80	20	82	29				
3 Altona	157	8	1779	18	8	60	—	—	855	80	1	80	75	—	—	381	45	284	35	5	60	71	50	361	45	2	78				
4 Alzen (Rheinhessen)	40	1	448	81	—	60	15	—	240	—	5	40	20	6	28	—	254	26	198	—	98	49	8	248	4	6	22				
5 Arnstadt	100	5	1200	54	2	40	—	—	79	20	1	10	5	—	—	88	65	59	98	3	40	11	48	74	84	8	81				
6 Augsburg	45	2	896	11	8	—	80	—	28	40	1	50	90	9	85	—	39	25	19	64	4	18	5	58	29	40	9	85			
7 Badenw (Wrttg.)	16	1	182	15	—	60	—	—	58	80	—	—	5	—	—	58	85	43	9	—	10	72	58	81	4	9	60				
8 Bamberg	86	—	269	—	—	60	—	—	23	40	—	—	5	9	—	38	—	8	82	11	50	8	68	24	9	—	—				
9 Barmen	39	—	480	—	—	240	—	—	92	—	—	5	—	16	92	—	117	42	77	20	3	40	18	70	97	30	20	12			
10 Barmstedt	49	—	498	—	—	90	—	—	99	60	—	—	5	—	3	—	32	40	24	20	2	32	5	88	32	40	—	—			
11 Berlin	1327	96	11011	763	45	80	1	20	2202	20	76	80	15	80	5	—	2340	80	1813	15	71	95	455	70	2340	80	—	—			
12 Bernburg	10	—	88	—	—	—	—	—	17	60	—	—	5	—	—	17	65	13	5	1	10	8	50	17	65	—	—				
13 Bielefeld	102	7	1838	95	1	50	15	—	367	60	9	50	10	5	41	—	384	26	274	52	29	92	75	42	279	86	4	40	21	10	
14 Bietigheim	5	—	54	—	—	—	—	—	10	80	—	—	1	89	—	12	69	1	69	—	—	11	6	12	69	—	—	—	—		
15 Bischofszell	12	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
16 Blankenfelz	18	—	285	—	—	60	—	—	51	—	—	15	—	—	23	—	51	98	41	—	—	60	10	20	51	80	—	18	—	—	
17 Bochum	32	—	308	—	—	180	—	—	61	60	—	—	25	—	22	86	86	26	62	10	2	12	82	76	42	9	84	5	20		
18 Boizenburg	8	—	187	—	—	90	—	—	27	40	—	—	50	—	23	91	52	71	15	4	80	5	40	25	20	27	51	—	—		
19 Bonn a. Rh.	19	1	240	—	—	270	—	—	48	—	1	20	11	64	—	68	54	82	40	9	50	5	61	47	51	16	3				
20 Bonndorf i. V.	14	—	150	18	—	80	—	—	30	—	1	80	2	90	3	50	—	98	—	29	30	2	—	6	70	38	—	—			
21 Brandenburg a. H.	146	11	1893	156	8	—	—	—	366	60	15	60	—	—	25	—	109	48	69	61	14	20	20	44	104	25	5	28			
22 Braunschweig	50	—	511	—	—	180	—	—	102	20	—	—	25	—	5	23	—	759	50	529	72	88	50	141	28	709	50	50	—	107	85
23 Bremen	249	15	3493	198	3	—	—	—	686	60	19	80	10	50	—	101	95	67	55	14	20	20	—	101	75	20	—	—	—		
24 Bremerhaven	52	—	500	—	—	150	—	—	100	—	—	25	—	—	20	—	111	55	80	60	9	—	21	95	111	55	—	—	—		
25 Breslau	61	—	588	—	—	89	—	—	107	60	—	—	5	—	—	—	—	34	5	20	—	—	5	90	25	90	8	15	—	—	
26 Brunsberg	18	—	148	—	—	8	—	—	29	60	—	—	50	—	95	—	98	49	74	81	2	28	5	90	96	15	28	—	—		
27 Brüxal	29	1	469	15	—	80	—	—	93	80	1	50	55	2	34	—	82	20	24	10	—	2	10	6	32	20	—	20	—	—	
28 Buxtehude	16	—	152	—	—	180	—	—	30	40	—	—	—	—	—	—	82	20	24	10	—	—	6	70	82	—	—	—	—		
29 Burg b. Wggb.	878	95	4207	1116	4	80	15	—	841	40	111	60	15	18	87	—	976	97	750	—	20	30	190	60	960	90	16	7	100		
30 Burglundstadt	45	—	660	—	—	150	—	—	182	—	—	—	—	—	—	—	133	50	105	10	2	—	26	40	183	50	—	—	—	—	
31 Camburg	28	—	318	—	—	860	—	—	68	60	—	—	10	6	18	—	73	48	45	78	8	80	12	72	67	80	6	13	—	—	
32 Cammin	14	—	116	—	—	150	—	—	21	60	—	—	10	02	—	—	38	12	11	84	5	80	15	49	88	12	—	—	—		
33 Cannaburg I	100	81	1830	398	9	—	90	—	266	—	39	80	55	—	—	—	309	75	248	69	49	9	297	78	11	97	—	—			
34 Cannaburg II	14	—	116	—	—	210	—	—	119	80	—	—	30	—	80	—	122	20	76	24	2	—	23	98	122	20	—	—	—		
35 Celle i. Hann.	68	—	599	—	—	3	—	—	106	80	—	—	28	18	—	—	150	23	89	48	10	10	24	52	140	24	26	10	80		
36 Charlottenburg	72	—	534	—	—	3	—	—	106	80	—	—	28	18	—	—	46	85	32	60	3	40	8	40	44	40	1	95			
37 Coburg	24	—	210	—	—	240	—	—	42	—	—	—	1	95	—	—	40	70	37	54	1	8	2	8	40	70	—	—	—		
38 Colbitz i. S.	8	—	52	—	—	30	—	—	10	40	—	—	15	—	—	—	172	65	117	22	21	23	34	20	172	65	—	—	—		
39 Coln I.	74	—	855	—	—	150	—	—	171	—	—	—	78	43	—	—	141	98	128	53	13	40	141	93	—	—	—	—			
40 Coln II. Nippes	39	—	335	—	—	150	—	—	67	—	—	—	78	13	—	—	27	5	15	30	—	—	8	60	18	90	8	13	—	—	
41 Cöpenick i. P.	9	—	90	—	—	90	—	—	18	—	—	60	—	60	—	18	60	15	—	70	—	3	60	18	60	3	—	—	—		
42 Cöthen	6	—	80	—	—	30	—	—	16	—	—	25	—	—	8	—	28	25	28	30	—	4	95	28	25	—	—	—	—		
43 Dietrichstein	16	—	125	—	—	3	—	—	26	40	—	—	20	17	1	—	55	57	30	—	25	—	57	55	7	—	—	—	—		
44 Dörrnburg	24	1	265	—	—	55	—	—	55	—	—	20	17	1	97	—	28	37	21	60	2	—	26	50	10	60	4	27	5	10	
45 Dresden	632	42	5386	285	24	—	60	—	1177	20	28	50	15	218	19	—	1448	64	1048	54	88	96	241	14	1828	64	125	2	60		
46 Durlach	15	—	182	—	—	540	—	—	26	40	—	28	30	5	12	71	—	226	68	164	6	7	59	47	80	218	45	7	21	10	85
47 Düsseldorf	99	8	1031	28	5	40	—	—	206	20	2	30	5	12	82	—	62	82	29	50	4	90	16	10	50	50	12	32	—	—	
48 Ehrenbreitendorf	170	—	1564	—	—	—	—	—	312	80	—	—	—	—	—	—	10	40	70	80	2	—	62	56	312	90	—	—	—	—	
49 Elmen	4	—	52	—	—	10	40	—	—	18	—	—	—	—	12	14	30	14	9	40	—	—	5	62	35	64	179	70	—	—	
50 Elmenach	7	—	90	—	—	60	—	—	14	80	1	50	47	30	1	41	64	124	50	70	80	2	—	15	5	87	85	86	65	—	—
51 Elsfing	27	—	382	—	—	80	—	—	76	40	—	50	47	30	1	41	66	846	97	618	96	25	2	159	94	803	92	43	5	5	
52 Erlangen	49	5	555	81	2	70	—	—	784	80	16	80	1	41	67	—	123	73	95	88	25	2	109	70	150	23	120	73	8	—	—
53 Eich																															

Name der Bahlstellen.	Zahl der Mitglieder	Zahl der Beiträge	Aufnahmegerühr	Beiträge		Gehalts- Gehaltsstufe		Zur Zeit der Befreiung gefunden		Gehalts- Gehaltsstufe		Zur Zeit der Befreiung gefunden		Gehalts- Gehaltsstufe					
				männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.		
38 Harburg a. Elbe	29	—	827	—	—	1	20	—	—	65	40	—	—	10	—	66	70		
39 Barth a. S.	61	—	729	—	—	60	—	—	—	145	80	—	—	50	—	146	90		
40 Elbe i. Hollst.	5	—	31	—	—	30	—	—	—	6	20	—	—	11	45	117	74		
41 Heidelberg-Schlierb.	14	—	100	—	—	1	20	—	—	—	—	—	—	5	—	5	26		
42 Heilbronn a. Neckar	25	—	368	—	—	80	—	—	—	73	60	—	—	21	30	73	90		
43 Helmstedt	9	—	152	—	—	90	—	—	—	29	40	—	—	4	—	21	30		
44 Herzberg a. Elster	32	1	386	12	1	80	—	—	77	20	1	20	—	—	6	24	15	83	
45 Hilsheim	51	—	591	—	—	150	—	—	118	20	—	—	15	—	34	84	61	—	
46 Hohenwestedt	6	—	61	—	—	60	—	—	—	12	20	—	—	10	84	119	85		
47 Jena	9	—	75	—	—	60	—	—	15	—	—	—	8	22	9	28	15	88	
48 Jübeck	19	—	240	—	—	90	—	—	48	—	—	—	—	—	52	12	55	40	
49 Kaiserslautern	38	1	859	8	—	—	—	—	71	80	—	—	70	—	73	80	5	88	
50 Kandel (Wpal.)	5	1	40	18	—	—	—	—	8	—	1	7	—	—	10	87	91	—	
51 Karlsruhe	80	—	456	—	—	60	—	—	91	20	—	—	30	—	92	77	57	10	
52 Kiel i. Holst.	177	—	2070	—	16	20	—	—	414	—	—	—	90	—	431	10	285	60	
53 Kirchberg i. S.	6	—	91	—	—	—	—	—	18	20	—	—	—	—	18	20	15	25	
54 Kitzelschönbach	8	—	104	—	—	—	—	—	20	80	—	—	—	—	24	44	16	64	
55 Königberg i. Pr.	84	—	927	—	6	—	—	—	185	40	—	—	—	—	191	40	152	82	
56 Kornwestheim	100	14	895	126	8	1	65	179	—	12	60	25	—	10	5	196	50	152	82
57 Krempel i. Holst.	15	—	230	—	—	60	—	—	46	—	—	—	10	—	51	70	35	80	
58 Ladenburg	12	—	102	—	—	30	—	—	20	40	—	—	10	60	81	30	16	70	
59 Landesamt (Schl.)	80	1	286	13	90	—	—	57	20	1	30	—	—	81	42	90	82	54	30
60 Landenberg a. W.	50	1	400	8	—	30	—	—	80	—	—	—	29	13	110	23	60	94	
61 Leisnig i. Sachs.	77	26	1072	385	2	40	75	214	40	38	50	25	8	26	259	56	196	46	
62 Leipzig	819	24	2163	128	5	10	30	482	60	12	30	40	84	29	484	99	360	57	
63 Lüewenberg	17	6	208	69	—	30	—	41	80	6	90	20	—	5	1	51	66	30	—
64 Pegnitz	68	7	782	71	1	80	15	156	40	7	10	—	—	16	47	181	92	115	45
65 Pöbbling	20	—	145	—	—	90	—	—	29	—	—	—	—	—	29	90	23	6	
66 Pötzschau i. S.	49	—	146	—	12	80	—	—	29	20	—	—	—	—	41	80	23	60	
67 Röhrsdorf i. Babn.	80	—	866	—	1	80	—	—	73	20	—	—	10	—	75	10	54	80	
68 Rötha	72	—	661	—	2	40	—	—	182	20	—	—	10	18	49	148	19	90	
69 Ruda (S.-U.)	12	1	118	11	—	—	—	—	28	20	1	10	25	—	49	41	20	30	
70 Ludwigshafen	16	—	256	—	—	60	—	—	51	20	—	—	1	25	57	59	39	96	
71 Lugau i. S.	17	—	147	—	—	80	—	—	29	40	—	—	24	50	54	20	23	20	
72 Alme	23	—	854	—	—	60	—	—	70	80	—	—	15	—	71	55	52	75	
73 Waldenburg	99	1	812	15	3	60	—	—	162	40	1	50	15	8	15	170	80	104	61
74 Mainz	206	80	2887	217	9	4	95	587	40	21	70	1	70	8	72	582	87	431	52
75 Wannheim	85	—	345	17	90	—	—	69	—	1	70	25	6	48	78	38	40	31	
76 Marktloßstädt	18	—	189	—	—	150	—	—	37	80	—	—	11	80	51	10	18	58	
77 Marienburg	14	—	149	—	—	90	—	—	35	80	—	—	5	8	90	40	65	82	
78 Weilchen i. S.	78	17	904	198	6	80	15	160	80	19	80	10	—	—	186	65	185	55	
79 Merseburg i. S.	87	8	894	110	—	8	—	—	178	80	11	—	5	—	189	80	150	10	
80 Mepp i. Vothr.	48	—	529	—	—	80	—	—	105	80	—	—	5	97	109	82	81	18	
81 Miesbach-Hausen	5	—	69	—	—	—	—	—	18	80	—	—	2	65	16	45	18	58	
82 Minden i. Werh.	6	—	100	—	—	80	—	—	20	—	—	—	15	11	31	45	19	9	
83 Wittewiese i. S.	12	—	94	—	—	—	—	—	18	80	—	—	—	—	18	80	15	80	
84 Wölzen b. Leipzig	3	—	39	—	—	—	—	—	7	80	—	—	1	54	9	34	6	24	
85 Wülfrath i. L.	46	8	669	82	1	80	—	—	133	80	8	20	10	—	143	90	109	20	
86 Wülfrath a. W.	48	1	590	18	—	90	—	—	118	—	1	90	5	87	125	57	100	—	
87 Wülfrath a. Rh.	31	—	253	—	—	2	70	—	50	60	—	2	1	79	57	9	46	—	
88 Wünningen I.	294	1	2900	12	5	70	—	—	580	—	1	20	20	—	587	10	457	8	
89 Würzburg II	151	46	1958	488	5	70	90	—	887	60	48	30	—	—	487	50	843	86	
90 Naumburg	8	—	105	—	—	—	—	—	21	—	—	—	—	—	21	—	12	90	
91 Neugersdorf	14	—	140	—	—	—	—	—	28	—	—	—	—	—	28	—	22	40	
92 Neumarkt	18	—	218	—	—	30	—	—	43	60	—	—	5	10	53	95	39	85	
93 Neustadt (O.-S.)	18	—	280	—	—	1	50	—	46	—	—	—	5	—	47	55	38	95	
94 Neustadt-Ragde	128	53	1500	618	2	40	1	65	300	—	61	80	1	15	5	66	372	66	
95 Neustadt a. H.	4	—	55	—	—	—	—	—	11	—	—	—	—	—	11	—	70	20	
96 Neuhausen	18	—	215	—	—	60	—	—	43	—	—	—	10	4	48	47	78	86	
97 Nordhausen	22	—	150	—	—	60	—	—	30	—	—	—	—	—	32	28	9	46	
98 Novares	29	6	458	64	30	15	—	91	60	6	40	2	70	7	70	106	15	71	45
99 Oberberg	597	132	6800	1550	18	80	1	65	1820	—	155	2	10	10	—	1502	45	1187	65
100 Oberbad	101	7	1257	69	1	80	15	251	40	8	90	26	23	28	—	286	48	208	59
101 Osterbach	369	10	4801	146	3	90	—	—	860	20	14	60	50	—	879	20	699	4	4
102 Osterburg	6	—	189	51	—	—	—	—	37	80	—	—	—	—	88	40	80	84	—
103 Osterrode a. H.	42	2	213	51	—	—	—	—	42	60	5	10	—	—	85	5	84	71	8
104 Orla i. Th.	9	—	188	—	—	30	—	—	81	—	—	—	5	25	81	90	21	16	82
105 Osterode (Hess.)	40	—	405	—	—	30	—	—	25	20	—	—	5	—	86	15	60	60	7
106 Osterrode a. H.	15	—	126	—	—	—	—	—	25	20	—	—	5	12	22	30	15	80	—
107 Osterrode a. H.	42	2	845	18	6	60	15	69	—	180	—	85	8	25	86	15	60	60	40
108 Osterrode a. H.	6	—	110	—	—	30	—	—	27	—	—	—	8	25	22	30	15	80	—
109 Ottersleben	166	10	1476	92	5	70	15	295	20	9	20	50	5	18	30	80	97	5	44
110 Pasing	25	6	145	70	—	60	—	29	—	7	—	75	6	50	48	85	24	65	5
111 Peine (Sana.)	21	2	188	84	90	—	—	36	60	8	40	5	5	—	40	95	31	85	8
112 Regau i. S.	90	12	529	196	—	—	—	—	105	80	19	60	2	10	28	78	102	72	44
113 Riesberg	4	—	61	—	—	—	—	—	12	20	—	—	50	18	27	80	5	4	40
114 Riedbühl	1822	68	11928	1084	105	90	90	2385	60	108	40	1	90	—	2597	70	2082	—	585
115 Riedelbach i. W.	17	—	105	—	—	1	20	—	21	—	—	—	—	—					

